

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 fl.
monatl. 4,80 fl. In den Ausgabenstellen monatl. 4,50 fl. Bei
Postbezug vierteljährl. 16,08 fl. monatl. 5,36 fl. Unter Streifband in Polen monatl. 7 fl.
Danzig 3 fl. Deutschland 2,5 fl. M.L. Einzelnummer 25 fl. Sonntags 30 fl.
Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 80 mm breite Kolonialzelle 80 Groschen, die 90 mm
breite Metallzelle 150 Groschen, Danzig 20 fl. 100 fl. Pt.
Deutschland 20 fl. bzw. 100 Goldfl., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Plat-
vorricht und schwierigen Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Er scheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postcheckkonten: Bosen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 184.

Bromberg, Sonnabend den 14. August 1926.

33. (50.) Jahrg.

Ein neuer Schlag!

Deutschen-Verhaftungen in Pommern.

Wie dem "Pommerscher Tageblatt" berichtet wird, hielt die politische Polizei in Neustadt am vergangenen Dienstag in der Privatwohnung des Friseurs Schiemann eine Haussuchung ab, die sehr gründlich war und sich sogar auf die Wohnräume der Mutter und Schwester des Genannten erstreckte. Unter Mitnahme privater Korrespondenzen und dem Schulverein gehörender Schriftstücke sowie einiger auch im inländischen Buchhandel erschienener Bücher wurde Herr Schiemann in Polizeigewahrsam gebracht, gleichzeitig der bei der Haussuchung zunächst als Zunge funktionierende Geschäftsführer vom Büro des Senators Hasbach in Dirichau, Herr Martin, der in Neustadt zu tun hatte, sowie Herr Richter aus Neustadt. Ebenso wurden die in Neustadt wohnhaften Deutschen Voigt und Engelbrecht in Polizeigewahrsam gebracht. Das "Vergehen" der Inhaftierten besteht in der Befehlsmutter einer von den deutschen Mitgliedern des Warschauer Parlaments veranlaßten Aktion der in Polen wohnenden Deutschen. Herr Martin wurde inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Diese durchaus nicht geheime Auflistung eines Katasters auf der Basis der deutschen Nationalität hängt zusammen mit der Forderung der deutschen Minderheit nach Gewährung der Kulturoptonomie, worüber bereits seit längerer Zeit zwischen der Regierung und den deutschen Parlamentariern Verhandlungen geflossen werden, die selbstverständlich zur Voraussetzung haben, daß die deutschen Volksvertreter in Polen den Zentralstellen auf diese Materie bezugnehmendes statistisches Material vorlegen müssen. Den mit dieser Aufgabe beauftragten Herren wird also offenbar ihre Tätigkeit als unerlaubte Handlung ausgelegt, während sie doch in Wirklichkeit mit Politik nicht das Geringste zu tun hat. Hat doch eine von deutschen Abgeordneten eingebrachte Interpellation über diesen Gegenstand bereits alle wünschenswerte Klarheit gebracht.

Selbst wenn aber die deutschen Sejmabgeordneten aus wahlpolitischen Gründen eine Wähler-Statistik anstrengen ließen, selbst dann gebe es kein Gesetz in Polen und in anderen zivilisierten Ländern, das die Aufstellung einer derartigen Statistik verbieten könnte. Es muß einen ganz sonderbaren Eindruck hervorrufen, wenn sich der Leiter der politischen Polizei für die Wojewodschaft Pommern in Thorn auf offener Straße herumprügelt, während gleichzeitig die ihm unterstellten Organe wegen einer harmlosen Statistik Verhaftungen von angesehenen deutschen Bürgern vornehmen.

Von dem Geiste einer Friedenspolitik, die so oft von hoher Stelle verkündet wird, ist in diesen Maßnahmen nichts zu spüren, und das staatliche Interesse wird nicht gesichert, sondern schwer geschädigt, wenn ausgerechnet im "Korridor", wo unliebsame Gerüchte besonders zu vermeiden sind, durch derartige "politische" Polizei-Maßnahmen eine begreifliche Unruhigkeit in eine friedliche Bevölkerung getragen wird.

Die Reformversuche des Innenministers.

Beamte mit juristischer Ausbildung werden abgebaut.

Warschau, 11. August. Der Verband der Staatsbeamten mit Hochschulbildung hat an den Ministerpräsidenten Bartel ein zweites Schreiben gerichtet, in dem darüber bittet Klage geführt wird, daß Innenminister Młodzianowski mit seinen Reformbestrebungen in der Staatsverwaltung ein heilloses Chaos anrichte. In dem Schreiben heißt es unter anderem: "Auf unser erstes Schreiben, in dem wir darüber Klage geführt haben, daß Innenminister Młodzianowski bei seinen Reorganisationsversuchen vor allem darauf ausgeht, Staatsbeamte mit höherer Ausbildung faltzustellen, sind wir bisher ohne Antwort geblieben. Unterdessen hat der Herr Innenminister weitere Reformen eingeleitet, die von katastrophalen Folgen begleitet sein müssen. Der Verband lenkt aus diesem Grund nochmals die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Tätigkeit des Innenministers und auf dessen Reorganisationsbestrebungen."

In dem Schreiben wird als klassisches Beispiel für die Vorliebe des Ministers zur Anstellung von Beamten ohne höhere Schulbildung darauf hingewiesen, daß in der Zentrale des Innenministeriums kein einziger der Referenten juristische Ausbildung besitzt. Unterdessen erfordert jedoch gerade dieses Amt Beamte mit hohen Qualifikationen und entsprechendem Studium. Guter Willen allein genügt nicht, um die Fähigung für ein solches verantwortungsvolles Amt aufzuführen.

Gegenüber diesen Grundsätzen hat Innenminister Młodzianowski bei der letzten Reorganisierung 15 der gewieitesten Juristen fall gelassen, gegen die niemand den Vorwurf erheben kann, daß sie ihre Pflicht schlecht oder nur mangelhaft erfüllt haben. Dagegen werden leitende Stellungen in der Staatsverwaltung mit Beamten bekleidet, die oftmals überhaupt keine Schulbildung genossen haben. Mit dieser Methode der Reorganisierung der Staatsverwaltung wird man den Staat in den Abgrund und in ein Chaos stürzen.

Der Verband der Staatsbeamten mit Hochschulbildung appelliert deshalb nochmals an die Regierung, den Re-

organisationsbestrebungen des Innenministers ein Ende zu bereiten, insbesondere aber die weitere Kaltstellung von Beamten mit Hochschulbildung zu verhüten.

Die Berliner Verhandlungen.

Berlin, 13. August. (PAT) Die Verhandlungen über die Berechtigungen von physiologischen und Rechtspersonen, die im Rahmen der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen geführt wurden, wurden gestern nach einer Verständigung zwischen den beiden Bevollmächtigten bis zum 28. September d. J. vertragt. Die bisherigen Ergebnisse lassen sich dahin zusammenfassen, daß der Standpunkt beider Parteien genau formuliert wurde, so daß beiden Regierungen die Möglichkeit gegeben ist, zu den besprochenen Fragen eine bestimmte Stellung einzunehmen.

Der entscheidende Fall vor.

Schacht als Mittler für polnischen Auslandskredit.

Vor kurzem brachten wir eine von einem früheren polnischen Minister, der auch der jetzigen Regierung nahestehend, erhaltenen Nachricht über das Wiederaufstehen des seinerzeit von deutscher Seite angeregten Gedankens, Deutschland zu direkter Vermittelung einer amerikanischen Anleihe für Polen heranzuziehen. Diese Meldung findet jetzt eine habamtliche Bestätigung.

Eine polnische Telegraphenagentur, die in massgebenden Kreisen Erlundungen über die Gerüchte von ausländischen Anleiheangeboten an Polen einzog, erhielt zwar die Antwort, daß Polen bisher keinerlei konkrete Angebote von ausländischer Seite erhalten habe, daß erst nach der Bekanntgabe der Studienergebnisse des amerikanischen Sachverständigen Prof. Kemmerer über die Finanzlage des polnischen Staates die Fühlungnahme mit einer bedeutenden ausländischen Firmengruppe erhofft werden könne, es wurde jedoch dabei hinzugefügt, daß nach den letzten Konferenzen zwischen Dr. Schacht, Norman und Strong die Zusammenarbeit Deutschlands mit dem anglo-sächsischen Kapital dermaßen festgestellt erscheine, daß nach Ansicht maßgebender Kreise mit einer wachsenden Einflussnahme Deutschlands auf die Krediterteilung an europäische Länder zu rechnen sei.

Ein Rundschreiben in der Frage der Staatszugehörigkeit.

Warschau, 13. August. Im Innenministerium ist der Text eines neuen Rundschreibens in der Frage der Melegierung der Staatsangehörigkeit gestern bereits endgültig festgesetzt worden. Wie die Blätter melden, ist das Rundschreiben in allen Einzelheiten so redigiert, daß eine beliebige Auslegung und Behandlung der Frage von Seiten der unteren Verwaltungsorgane ausgeschlossen ist. Das Rundschreiben soll heute vom Innenminister unterschrieben und unverzüglich an die dem Ministerium unterstellt Behörden versandt werden.

Im Gegensatz zu dem vorigen Rundschreiben, das bekanntlich infolge gewisser Irrtümer, die sich dort eingeschlichen hatten, zurückgehalten wurde, enthält das neue Rundschreiben in vielen Punkten abweichende, mehr liberale Bestimmungen. Dies bezieht sich besonders auf Personen, die in Polen geboren sind oder dort seit längerer Zeit ihren Wohnsitz haben, als auch auf diejenigen, die in Polen Grundstücke oder Arbeitswerkstätten besitzen.

Poincaré und der polnische Ratsfik.

Die "Rzeczpospolita" läßt sich aus Paris melden, daß nach der letzten polnischen Demarche im französischen Außenministerium eine Meinungsverschiedenheit zwischen Poincaré und Briand in bezug auf die Frage des polnischen Ratsfiks aufgetreten sei. Während Poincaré "rätsellos" das polnische Verlangen nach einem standigen Ratsfik unterstützt, vertrete Briand, auf dem Boden der Locarno-Verträge stehend, die Ansicht, daß Polen sich mit einem Wahlfik begnügen könnte.

Spanisch-italienischer Bund.

In Madrid haben der italienische Gesandte und der spanische Minister des Äußeren einen Freundschafts- und Friedensvertrag unterzeichnet. Danach verpflichten sich beide Staaten, im Falle eines nicht herausgeforderten Angriffs einer dritten Macht völlige Neutralität zu bewahren. Der Vertrag regelt außerdem verschiedene zwischen beiden Regierungen schwedende Angelegenheiten. Eine besondere Bedeutung gewinnt das Abkommen dadurch, daß die Verhandlungen über die nordafrikanischen Fragen noch nicht abgeschlossen sind.

Der römische Berichterstatter der Londoner "Times" schreibt, in Rom sei man der Ansicht, es sei das wichtigste Merkmal des italienisch-spanischen Vertrags, daß er die italienischen Lebensinteressen im Mittelmeer fördern werde. Der Berichterstatter hebt die Bedeutung der "Tribuna" hervor, daß die wirkliche Bedeutung des Vertrags außerhalb des Bereichs des Völkerbundes liegen werde.

Der Stand des Zloty am 13. August:

In Danzig: Für 100 Zloty 56,80

In Berlin: Für 100 Zloty 46,25

(beide Notierungen vorbörslich)

Bank Polski: 1 Dollar = 8,98

In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 9,09

Eupen-Malmedy unter belgischer Herrschaft.

Von Dr. Werner Wirths.

Die Zukunft Eupens und Malmedys ist in den vergangenen acht Jahren, welche diese beiden rheinischen Kreise bisher unter belgischer Staatshoheit verbracht haben, mehr und mehr zu einem Problem geworden, vor dessen Erörterungen selbst die altbelgische Öffentlichkeit nicht mehr zurücksteht, und dessen Lösung im Sinne eines im Versailler Diktat ja sogar zugestandenen, jedoch nicht verwirklichten Selbstbestimmungsrechtes von der gesamten Bevölkerung der annexierten Kreise selbst nachdrücklich gefordert wird. Warum wurde Eupen und Malmedy und dazu ein Teil des Monschauer Kreises samt der Monschauer Eisenbahn annexiert? Aus einem wirtschaftlichen und zum anderen aus einem strategischen Grunde, abgesehen von dem Prestige des "Siegers", kraft dessen das kleine Belgien ebenso Anspruch auf ihm nicht gehörendes Land erhob wie sein großer Bruder Frankreich. Man wollte Griechen für den während des Krieges von den Deutschen angeblich zerstörten altribelgischen Waldbesitz. Dieser Grund aber ist hinfällig; sind doch Eupen und Malmedy unter der belgischen Verwaltung in acht Jahren längst Buschland geworden.

Die "strategische" Begründung aber, der belgische Militarismus braucht den Truppenübungsplatz Esenborn zum Schutz gegen einen deutschen Angriff, ist angesichts der Erfahrungen des Krieges und der Fortentwicklung der Kriegswaffen so völlig aufgehoben worden, daß ihm selbst der ehemalige belgische Militarist nicht mehr zu vertreten wagt. Das sind Tatsachen, die nicht mehr zu verheimlichen sind! Und so findet sich denn auch in einem der letzten Artikel, welche die in Brüssel erdigende "Gazette" den wiedergefundenen Brüdern widmet, der höchst offensichtliche Satz, welcher die ganze unhaltbare Lage in der heutigen deutsch-belgischen Staatsgrenze treffend charakterisiert: "Wir haben unser Gebiet vergrößert; aber geschah das nicht auf Kosten unserer eigenen Sicherheit?" Das gleiche Blatt faßte seine Erfahrungen mit Eupen und Malmedy weiter dahin zusammen: "Man spricht hier nicht mehr viel von unseren neuen Brüdern, und das Publikum könnte glauben, es sei wirklich Tatsache, daß die Bewohner von Eupen-Malmedy-St. Bith sich als unsere Mitbürgen betrachten und keineswegs ihre deutsche Zeit vermissen. Wenn man aber in die annexierten Gebiete kommt, muß man wohl zugeben, daß es anders ist. Fragen Sie einen Kaufmann, einen Angestellten, einen Arbeiter, einen Soldaten (in der belgischen Uniform), und die erhaltenen Antworten werden Sie zum Nachdenken bringen. Unsere neuen 'Brüder' haben uns nicht besonders in ihr Herz geschlossen. Sie werfen uns vor, sie von einem Lande getrennt zu haben, daß ihre Sympathie besaß. Sie geben uns die Schuld daran, daß sie nicht mehr zu einem Lande gehören, dessen Freiheit man früher rühmte. Sie hatten gehofft, daß unser Regime noch freiheitlicher sei, denn man hatte Ihnen erzählt, wir seien so frei wie der Fisch im Wasser. Sie sind enttäuscht worden."

So schrieb ein altribelgisches Blatt, dem an und für sich nichts lieber wäre als die völlige Assimilierung der wiedergefundenen Brüder". Die Wirklichkeit sieht ungleich bitterer und härter aus, wenn auch, gemessen an der Not Deutsch-Südtirols oder der Deutschen in den von Polen und von der Tschechei annexierten Gebieten, die Lage der Eupener und Malmedyer erträglicher erscheinen mag.

Die Wirkung dieser belgischen "Kulturarbeit" aber ist eine völlig andere als die, welche die belgischen Assimilationsfanatiker erwarteten. Heute ist die "preußische Wallonie", das Gebiet um Malmedy, das "Vollwerk deutscher Kulturgesinnung. Freimütig wie immer, hat der in Malmedy erscheinende "Landbote" das Ergebnis der bisherigen belgischen Regierungswisheit zusammengefaßt: Baltiaische Praktiken haben wohl selbst Belgophile bald und gründlich von solchen an sich nicht unnatürlichen Buneigungen geheilt und befreit! Heute marschiert die Wallonie selbst an der Spitze der Heimatbewegung, da ihr gesundes natürliches Empfinden ihr klar sagt, daß ohne Deutschland ihre Zukunft wirtschaftlich direkt in Frage gestellt ist. —

Muß so die Bevölkerung von Eupen und Malmedy ihre kulturellen Rechte gegenüber fremder Staatsgewalt verteidigen, so sieht sie auf der anderen Seite ihre wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten mehr und mehr bedroht. Abgeschnitten vom natürlichen Hinterlande, den Rheinlanden, verarmt durch die deutsche Inflation, wird das an und für sich nicht reiche Land jetzt durch das Sinken der belgischen Währung in die zweite Inflation hineingezogen. Klärer als in Altbelgien erkennt man in Eupen und Malmedy die schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen, die ein weiteres Absinken des belgischen Franken für ganz Belgien bedeutet. Ist eine Stabilisierung überhaupt noch möglich? Sie wird das belgische Industrieland jedenfalls ungleich härter treffen als den französischen Agraraum. Die Verkopplung mit der französischen Politik wirkt sich für Belgien hier am verhängnisvollsten aus, ohne daß die belgische Regierung (anders als Luxemburg) die Konsequenzen bisher auch nur zu ziehen versucht hätte.

Rückgabe von Eupen-Malmedy?

Der Plan einer neuen Volksabstimmung.

Der in Brüssel erscheinende "Soir" und andere Blätter geben eine Notiz des Reichsdienstes der deutschen Presse wieder, nach der eine Übereinkunft Belgiens und Deutschiand über Eupen-Malmedy nahe bevorstehe. An den offiziellen Stellen wird selbstverständlich erklärt, der Nachricht fehle jede Begründung.

Der liberale "Dernière Heure" fragte den sozialistischen Abgeordneten Sommerhausen, der Eupen-Malmedy in der Kammer vertreibt, um seine Meinung. Sommerhausen meinte, zunächst sei festzustellen, daß die Frage der Rückgabe der Kreise Eupen und Malmedy und die Frage der Einlösung der Markbestände nichts miteinander zu tun haben und getrennt werden müssten. Die Billigkeit verlange, daß Deutschland die Markbestände, die in der Nationalbank in Brüssel liegen, entlöse, aber andererseits verlange die Billigkeit, daß Belgien die 60 000 Einwohner Eupen und Malmedy nicht bei sich behalte, wenn sie nicht belgisch sein wollten. Die beiden Fragen werden nur verbunden durch den Geist der Versöhnlichkeit. Sommerhausen erklärte sich als Anhänger eines Referendums, und zwar müsse die Bevölkerung nach Kreisen befragt werden, wobei evtl. der zweisprachige Kreis Malmedy in eine deutsche und eine wallonische Abstimmungszone zerlegt werden müssten. Nur so könne man genau erfahren, was die Bevölkerung wolle. Die belgische Verfassung widerstehe sich weder dem Buchstaben noch dem Geiste nach einer geheimen Volksbefragung.

Wie die "D. A. Z." aus Brüssel erfährt, wird dort allen Ernstes von den zuständigen Amtsstellen die Möglichkeit erwogen, durch verschiedene Gebietsabtretungen die zur endgültigen Finanzierung notwendigen Mittel flüssig zu machen. Die Gebiete Eupen, Malmedy, St. Vith und jener (westliche) Teil des ehemaligen Deutsch-Ostafrika, das gegenwärtig im Auftrage des Völkerbundes von der belgischen Regierung verwaltet wird, sollen als Tauschobjekte dienen. Alle Biderufe der belgischen Regierung, die lediglich aus innerpolitischen Gründen erfolgen, ändern nichts an dieser Tatsache. In nationalen Kreisen steht man einer Rückgabe der Deutschland nach dem Waffenstillstand abgenommenen Gebiete verneinend gegenüber. Dieser Umstand ist aber bedeutungslos, da die gemäßigten Kreise gegenwärtig in Belgien die Oberhand haben und führende sozialistische, liberale und katholische Minister und Parteiführer bereits schon offen Stellung genommen haben für die Abtretung der Belgien auf Grund des Versailler Diktats augeprochenen Gebiete.

Eine ganze Reihe einflussreicher Zeitungen, wie die liberale "Gazette" in Brüssel und das katholische "Bien Public" in Gent, ersuchen die Regierung, nicht mehr länger zu zaudern und zu versuchen, mit Berlin in Verhandlungen einzutreten.

Was die Abtretung der von Belgien verwalteten ehemals deutschen Schutzzonen in Afrika anbetrifft, so hat sich zunächst der Völkerbund darüber auszuvernehmen. In der nahen Umgebung des Außenministers verschließt man sich nicht der Tatsache, daß Deutschland nach seinem Einzug in Gent das moralische und juristische Recht habe, auch Kolonien zu verwalten. Die belgische Regierung werde sich deshalb nicht zur Wehr setzen, wenn ihr der Völkerbund das befehlte Verwaltungsmandat der Gebiete Urunda und Urundi nicht mehr erteilen sollte. Dieses Entgegenkommen von Seiten des belgischen Kabinetts verwundert nicht, wenn man weiß, daß gewisse Zeitungen und einflussreiche Politiker noch weiter gehen und sogar den

teilweisen Verkauf des Kongogebietes

befürworten. So verlangte vor einigen Monaten das bekannte Antwerpener Handelsblatt "Neptune" hinter dem ehemaligen Kolonialminister Francé steht, daß Kataloggebiet solle verkauft werden, um die belgischen Finanzen aufzurütteln.

Polen und Tschechen.

Parallelen des Präsidenten Masaryk.

Am vergangenen Sonntag hat die Warschauer "Warszawianka", ein Organ der monarchistischen Dubnowicgruppe, das von dem bekannten polnischen Außenpolitiker Prof. Stronki geleitet wird, eine Sondernummer über die polnisch-tschechischen Beziehungen erscheinen lassen. Der Glanzpunkt dieser Nummer ist ein Brief des tschechischen Staatspräsidenten Masaryk, den wir nachstehend wiedergeben:

"Der Historiker und der Soziologe werden in der Entwicklung unserer beiden Völker einen bedeutenden Parallelismus finden: ähnliche geographische Bedingungen, eine lange Nachbarschaft, Übereinstimmung von Rassen- und Volks-Eigentümlichkeiten, ähnliche und teilweise gleiche Einflüsse seitens der Nachbarn, die Einflüsse von Freunde- und Feindesseite erklären diesen Parallelismus, sofern sich eben die Grundlage und die Entwicklung der Nationen erklären lassen. Dieser Parallelismus ist auch im Weltkriege zu sehen, durch den wir beide unsere verlorene Selbstständigkeit wieder erlangt haben; auch deren Verlust war eine Phase des Parallelismus — dem Fall Polens war der Fall Böhmens vorangegangen. Der Parallelismus be-

deutet also einen gewissen inneren Zusammenhang und Gegenseitigkeit. Die historischen und sozialen Kräfte, welche in der Vergangenheit wirksam waren, werden wahrscheinlich auch in der Zukunft wirksam sein, wenn auch in veränderter Form gemäß der geänderten europäischen Gesamt situation und insbesondere der Mitteleuropa: die Vergangenheit, eifrig studiert und richtig erfaßt, wird uns zur Zusammenarbeit und zum Streben führen, durch organische Gegenseitigkeit einander im Schutze zu helfen und unsere politische und kulturelle Selbstständigkeit auszubauen. Als wirksames und sicherstes Mittel zu diesem Ziele erachte ich eine vernünftige und ehrliche Friedenspolitik und eine Verständigung untereinander sowie mit den Nachbarn."

Łany, 12. Mai 1926.

Ges.: T. G. Masaryk."

Gajda „Heldenaten“.

Die Zeitung "Der Russische Tag" veröffentlicht den Bericht eines Augenzeugen über die "militärischen Taten" des zeitweiligen Generalstabschefs Gajda während des sibirischen Rückzuges der tschechischen Legionen, in dem besonders die Misshandlung deutscher Kriegsgefangener geschildert wird. Als bemerkenswertester Fall wird das Schicksal eines deutschen Gefangenenträgers hervorgehoben, der im April 1918 vom schwedischen Roten Kreuz zur Rückreise in die Heimat ausgestattet und in Bewegung gesetzt worden war. Auf Befehl Gajdas wurde der Transport aufgehoben. Die Unglückslichen mußten in die Gefangenenslager zurückkehren. Nicht genug damit, wurden sie beim Verlassen der Bahnwagen vom 7. tschechischen Legionärregiment umzingelt und ausgeplündert. Sämtliches Hab und Gut wurde ihnen weggenommen. Besonders roh wurden dabei die deutschstämmigen Mannschaften behandelt. Ein preußischer Leutnant, der eine Hose durch einen Messerschnitt entworfene, ein anderer deutscher Offizier, der ein Päckchen Tabak zertrat und ein österreichischer Offizier, der in seiner Hose einige Rubelnoten eingehäuft hatte, wurden vom Feldgericht auf Befehl des Generals Gajda im Beisein ihrer Kameraden sofort erschossen. Die Intervention eines Feldgeistlichen bei General Gajda blieb erfolglos. Zwei deutsche Offiziere, die zurückgeblieben waren, wurden wegen angeblichen Fluchtversuches ebenfalls sofort erschossen.

Der Augenzeuge führt die schwedische Note-Kreuz-Schwester Else Brandström als Zeugin an. Das Brüder sozialdemokratische Organ verlangt die sofortige Einleitung einer Untersuchung gegen das 7. tschechische Legionärregiment wegen dieser Grenzstaken.

Auch ein Renegat.

Gajda hat das Leben eines Abenteuerers großen Stiles hinter sich. Als Sohn einer deutschen (!) Beamtenfamilie geboren, tat er während des Krieges in der österreichisch-ungarischen Armee Dienst und brachte es bis zum Feldwebel. 1915 desertierte er zu den Montenegrinern und war dann in den verschiedensten Entente-heeren tätig. Verhümt wurde er durch einen Angriff in Galizien, bei dem es ihm gelang, bereits von den Deutschen umzingelte tschechische Überläufer wieder zu befreien. Nach drei Jahren hatte es dieser unruhige Geist, der inzwischen seinen Namen in Gajda umgedeutet hatte, bis zum General gebracht. Er kämpfte dann unter dem Oberbefehl Rötlachs in Sibirien und soll nach den Berichten der sozialistischen Presse besonders scharf gegen die roten Truppen vorgegangen sein. Man wirft ihm außerdem vor, daß er sich in nicht einwandfreier Weise in dieser Zeit persönlich bereichert habe. Bald kam es dann mit Rötlach zu Auseinandersetzungen, Gajda forderte den russischen General zum Zweikampf und heute auch nicht davor zurück, in Wladostok einen Putsch gegen seinen Oberbefehlshaber hervorzurufen. Als der Aufstand blutig unterdrückt wurde, begab sich Gajda auf ein japanisches Kriegsschiff und kehrte nach Europa zurück.

Mit der Heimkehr nach der Tschecho-Slowakei begann für Gajda die zweite Epoche seiner glänzenden Laufbahn. Er wurde von der Regierung als General anerkannt und zum Generalstabschef der neugebildeten Heeresmacht ernannt.

Gajda wird pensioniert.

Die amtliche Untersuchung gegen den tschechischen Generalstabschef General Gajda wegen seiner angeblichen Spionageaktivität für Sowjetrussland wurde inzwischen beendet. Es ergaben sich, wie es in der amtlichen Verlautbarung heißt, keine tatsächlichen Gründe, um General Gajda strafrechtlich verfolgen zu können.

General Gajda hat ein Gesuch um Einleitung des Disziplinarverfahrens eingereicht. Es ist selbstverständlich, daß dieses Gesuch nur unter dem Druck amtlicher Kreise erfolgte. Dem Ansuchen wurde stattgegeben.

Milderung der Kirchengesetze in Merilo.

Mexiko, 13. August. PAT. Der Maire von Mexiko hat eine Verfügung erlassen, in welcher er die Milderung sämtlicher Gesetze zugunsten der Katholiken

auskündigt. In der Verfügung heißt es, daß die Kommissionen zur Kontrolle der Kirchen sich von jetzt ab aus fünf Katholiken und fünf Personen zusammensetzen sollen, die von den Verwaltungsbehörden gewählt werden. Bissher wurden sämtliche Mitglieder der Kommissionen von den Verwaltungsbehörden bestimmt.

Gestern wurde hier ein Dekret veröffentlicht, das vom Staatspräsidenten Calles und dem Innensenminister unterzeichnet wurde, in der Frage der Beschaffungnahme der Kapelle des hl. Andreas in Vera Cruz, die in Bureau für die landwirtschaftlichen und industriellen Arbeiterverbände umgewandelt werden soll. In der Begründung heißt es, daß es in Vera Cruz genug Kirchen gäbe, die Verbände aber, die für das Volk arbeiten, neue Bureaus haben müssen.

Kemmerer lehnt ab.

Warschau, 11. August. Der amerikanische Finanzexperte Kemmerer hat eine Einladung der Moskauer Regierung, die russischen Wirtschaftsverhältnisse zu studieren, nach lebhaftem Depeschenwechsel mit Washington abgelehnt. Washington vermutete, daß die Sowjetregierung auf dem Umwege über Kemmerer neue Verbindungen mit machtvollen amerikanischen Finanzkreisen hat suchen wollen.

Die „Aufteilung Rußlands“.

Über eine Abhandlung des polnischen Journalisten Malinowski, die in der englischen Presse Beachung gefunden hat, bringen die Sowjetblätter kurze mit spöttischen Glossen versehene Mitteilungen. Malinowski entwirft phantastische Pläne zur Einteilung Rußlands in drei Interessensphären, eine englische (Südrussland), eine deutsche (der Norden) und eine polnische, die das Gebiet zwischen dem Donjepr und der polnischen Grenze umfassen soll. In Ostasien müsse man Japan einige Konzessionen machen. Die Sowjetblätter gehen nicht ernsthaft auf die Projekte ein und die "Sowjetista" bemerken nur ironisch, daß der ausgezeichnete Plan leider an dem Widerstande der Sowjetmacht scheitern müsse.

Republik Polen.

Neue Konsuln in Polen.

Warschau, 13. August. (PAT.) Der Staatspräsident erteilte die Exequatur dem Ehrenkonsul Marian Kratochwil Österreichs in Polen und dem Ehrenkonsul der Republik Peru Tomasz Ossinski für das Gebiet der Republik Polen mit dem Sitz in Polen.

Deutsche Eisenbahnwaggons für Polen.

Warschau, 13. August. (PAT.) Die Deutsche Eisenbahnverwaltung hat in den letzten Tagen eine genügende Anzahl ihrer Waggons für polnische Gruben zur Beladung von Kohle gestellt, die durch Deutschland auf dem Wege über Hamburg und Stettin in das Ausland ausgeführt wird. Durchschnittlich stellen die deutschen Eisenbahnen 1200 bis 1400 Waggons täglich.

Besprechung Danziger Fragen in Warschau.

Warschau, 13. August. (Eigene Drahtmeldung.) Der polnische Generalkommissar in Danzig, Straubiger, weilte dieser Tage in Warschau und hatte Besprechungen mit den Mitgliedern des Kabinetts in Gegenwart des Staatspräsidenten Moscicki. Hiesige Blätter wollen wissen, daß auch der Chef des Generalstabes an den Besprechungen teilgenommen hat.

Deutsches Reich.

Berminderung der Besatzungstruppen im Rheinland.

Der "Börsischen Zeitung" auf folge soll in allernächster Zeit eine Berminderung der Besatzungstruppen im Rheinland um 10 000 Mann erfolgen. Frankreich werde seine Besatzungstruppen von 58 000 auf 50 000, England und Belgien von 13 000 auf 10 000 vermindern, so daß im Rheinland im ganzen etwa 60 000 Mann bleiben. Außerdem sollen die Besatzungstruppen derart umgruppiert werden, daß die Okkupation so wenig als möglich gespürt wird.

Aus anderen Ländern.

Das polnisch-russische Eisenbahnabkommen unterzeichnet.

Warschau, 13. August. (PAT.) Gestern wurde in Polen das polnisch-sowjetische Eisenbahnabkommen unterzeichnet, das die Durchführung von Waren aus Polen nach Russland und umgekehrt ohne Umladung an der Grenze festlegt. Beide Parteien verpflichten sich, eine gewisse Anzahl von Güterwaggons entsprechend umzubauen, so daß sie auf den breiten und schmalen Linien fahren können. Dies ist sehr wichtig für Kaufleute und Industrielle, da dadurch der Transport von Waren nach Russland ungeheuer vereinfacht wird. Außerdem wurden in der Konferenz Ausführungsbestimmungen zum direkten polnisch-sowjetischen Warenverkehr ausgearbeitet.

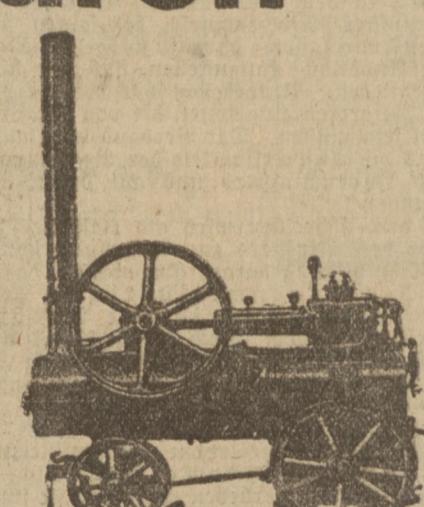
Dampf-Dresch-Garnituren

Fabrikat H. CEGIELSKI Tow. Akc.

Lokomobile
Dreschmaschinen
Stroh-Elevatoren
Kleedrescher

empfiehlt

bei günstigen Zahlungsbedingungen
als alleiniger Vertreter



ZWIĄZKOWA CENTRALA MASZYN Tow. Akc. Poznań, ul. Fr. Ratajczaka 16.



